



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Fortschritte der sozialpolitischen Debatte. 2. : (Schluß.)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Fortschritte der sozialpolitischen Debatte.\*)

2.

(Schluß.)



Die weitere wesentliche Aufgabe der Zunftorganisation würde aber auch die Eroberung des Gebietes, das gegenwärtig die sogenannten Konfektionsgeschäfte nach beiden Seiten hin ausbeuten, sein müssen — zunächst vielleicht die besonders dringende. Es handelt sich dabei einerseits um die Ausbeutung der sozialen Not auf Seiten der Handwerker, andererseits auf Seiten des Publikums. Denn es ist unleugbar, daß die sogenannten Konfektionsgeschäfte und die von ihnen ausgehende Überwucherung des wirtschaftlichen Lebens wenigstens in ihrer Ausbreitung überaus gehemmt werden müßte, wenn es gelänge, die vielfachen Störungen im Handwerksbetriebe, welche hier und da ganz regelmäßig nach den Jahreszeiten eintreten, zu beseitigen. Durch diese Störungen werden natürlich die kleinen Handwerker, welche keine Mittel besitzen, und die Gesellen, welche ohnehin von der Hand in den Mund leben, dem Wucherkapital rettungslos in die Arme getrieben. Das letztere kann jede derartige Störung benutzen, um auf den Arbeitslohn zu drücken, da die freigewordenen Arbeitskräfte, welche die augenblickliche Notlage für vorübergehend halten, während derselben umso mehr geneigt sind, um niedern Preis zu arbeiten, um sich so wenigstens bis zur Zeit neuer Erholung durchzuschlagen.

Daß damit aber diese Zeiten der Erholung für das Handwerk und für seine Angehörigen selbst immer zweifelhafter gemacht werden, bedenkt der unter dem Druck der Notwendigkeit, sich und seine Angehörigen zu ernähren, seine Miete und Steuern zu bezahlen u., stehende Handwerker oder Arbeiter natürlich nicht. Und doch liegt es nahe, daß gerade durch diese billige Arbeit\*\*) die Kon-

\*) Die verehrte Redaktion hat am Schluß des ersten Abschnittes bemerkt, der Verfasser habe leider übersehen, daß bereits in den „Grenzboten“ hervorgehoben worden, daß Pater Weiß den Unternehmergewinn nicht anerkenne. Wir haben die gedachte Kritik wohl gelesen, ohne ihr jedoch beipflichten zu können. Unternehmergewinn und Kapitalgewinn ist doch wohl dasselbe und somit vom Pater Weiß sehr wohl beachtet. Aber wenn auch ein Unterschied hier bestünde, so würde er ausgeglichen durch den nationalen und gesellschaftlichen Zusammenhang, der als ohne Zuthun des Unternehmers vorbereiteter Boden den Unternehmergewinn erst ermöglicht.

\*\*) Es giebt freilich noch billigere Arbeit: die Zuchthausarbeit, durch welche unsere gewerbsmäßige Jurisprudenz mit ihrer ungläublichen Vorliebe für das Gefängnis — die sonderbarsten Vergehen sind heutzutage mit Gefängnisstrafe bedroht, z. B. Obdachlosigkeit  
GrenzbotenIV. 1883.

sektionsgeschäfte befähigt werden, auch die guten Perioden für das Handwerk immer mehr einzuschränken und schließlich wohl ganz zu verdrängen. Jedenfalls sind die Konfektionsgeschäfte z. imstande, durch die Aufspeicherung billiger Waare in der guten Periode dem Handwerk, das erst auf Bestellung arbeitet und das nun selbst auch wieder etwas verdienen will, mit dem Angebot zuvorkommen und einen sehr erheblichen Teil des allgemeinen Bedürfnisses zu besetzen. Es ist also offenbar, daß hier eine Hauptfrage der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kleingewerbes liegt. Hier liegt für das Kleingewerbe die Marktfrage, überhaupt praktisch vielleicht die wichtigste soziale Frage der Gegenwart.

Es wird sich daher auch die Zunft der Beachtung dieser Frage nicht entziehen dürfen. Und zwar müßte sofort an praktische Behandlung derselben gegangen werden. Man muß nur immer bedenken, daß die Konfektionsgeschäfte nicht nur leben von der billigen Arbeit, die ihnen infolge der modernen sozialen und Rechtsgestaltung sozusagen ohne weiteres in den Schoß fällt und die sie daher nur einfach aufzuspeichern brauchen, sondern auch von der nicht minder aus dem sozialen Notstand hervorgehenden Zwangslage des größten Teiles der Bevölkerung, sich möglichst billig und leicht zu versorgen. Die billigen Preise

und ähnliches, weshalb freilich nicht verwunderlich ist, daß die Zahl der Bestraften so ungeheuerlich zunimmt, und daß die Gefängnisse nirgends mehr zulangen wollen — auch ihrerseits in die Verhältnisse der Arbeit in ebenso scharfer wie unheilvoller Weise eingreift. Es handelt sich dabei nicht um Gefängnis- und Zuchthausarbeit überhaupt, sondern um die Bewertung oder vielmehr um die Verschleuderung derselben, die bei einer Gefängnisbevölkerung, welche nach hunderttausenden zählt und an deren Vermehrung die praktische Jurisprudenz mit glücklichstem Erfolg arbeitet, allerdings bereits zur sozialen Kalamität geworden ist. Durch sie erwächst dem Arbeiter und dem Handwerker eine Konkurrenz, der er absolut nicht gewachsen ist. Die Gefängnisarbeit, bez. deren Verschleuderung ist eigentlich eine grausige Karikatur auf das industrielle Exportsystem. Beide setzen Arbeit unter dem Kostenpreise voraus. Wenn ein süddeutsches Gefängnis — wie öffentlich ohne Widerspruch konstatiert worden ist — Gefangene an Unternehmer verleiht gegen eine Vergütung von 80 Pfennig pro Tag, so reißt sie damit doch offenbar dem freien Arbeiter das Brot aus dem Munde. Von 80 Pfennigen pro Tag kann in einer größeren Stadt kein Mensch leben, wenn er Familie hat umfoweniger. Was bleibt also dem freien Arbeiter und dem kleinen Handwerker übrig? Wir glauben, hier wird der Zirkel vom Gefängnis ins Gefängnis sehr sicher geschlossen. Übrigens haben die Handwerker sowohl als die Arbeiter schon seit längerer Zeit sich ziemlich nachdrücklich gegen die Gefängnisarbeit aufgelehnt, indeß mit sehr geringem Erfolg, denn der Unfug wird immer ärger. Neuerdings überschwemmt eine Firma unter dem Namen Zuchthausarbeit des Hamburger Zentralgefängnisses die größeren deutschen Städte mit Niederlagen. Gerade eine bürgerliche (!) Regierung ist es also, welche dem kleinen Handwerk die Existenz untergraben hilft. Jedenfalls beweist aber eine derartige Verschleuderung der Arbeit durch Staatsbehörden, ebenso wie hinsichtlich des Ausfuhrhandels die Erteilung von Exportprämien zc., wie weit entfernt man noch in maßgebenden Kreisen von wirtschaftlicher Einsicht und von der Erkenntnis wirtschaftlicher und politischer Wechselwirkung ist.

der Konfektionsgeschäfte begegnen allerdings jenem Notstand ebenso wie die „Katenzahlungen,“ für welche sich die Händler immer mehr einzurichten scheinen. Auch diese Seite des modernen Geschäftslebens muß daher von einer bewußten und thatkräftigen Gewerbspolitik nicht sowohl bekämpft als erfaßt und im Sinne und zum Nutzen der kleinen Gewerbtreibenden selbst ausgenutzt werden.

Es liegt auch gar kein Grund vor, weshalb es der organisierten Zunft nicht möglich sein sollte, die Geschäftsvorteile des Zwischenhandels sich anzueignen, ohne doch auf deren unsolider Grundlage sich zu bewegen. Ihr Kredit würde sicher größer sein als derjenige des einzelnen Konfektionärs; im Ankauf des Rohstoffes in allen Qualitäten — hinsichtlich welcher auch den bescheidensten Ansprüchen Rechnung getragen werden muß — muß sie daher jenem entschieden voraus sein. Wollte man freilich den Zweck neuer zünftlerischer Organisation suchen in der unbeschränkten Möglichkeit, dem Verbrauch die eigenen Bedingungen absolut zu diktieren — wie hie und da der Gedanke zu sein scheint und wie in der That die Praxis in manchen noch bestehenden zunftähnlichen Organisationen, z. B. in der Metzgerei und Bäckerei ist —, so würde sich die Zunft bald unhaltbar machen. Der Staat, der sie gesetzlich gestützt, würde sie baldigst wieder fallen lassen müssen. Überhaupt wollen wir sogleich bemerken, daß der entscheidenden Mitwirkung des Staates, ohne welche die obligatorische Zunft weder neu erstehen noch fortbestehen kann, eine organische Beziehung der Zunft zum staatlichen Zusammenhange von vornherein feststehen muß. Etwa den Kampf aller gegen alle zu organisieren und ihn zu verewigen, indem man lediglich die sogenannte Konkurrenz auf einzelnen Wirtschaftsgebieten beseitigt, diese Wirtschaftsgebiete aber völlig unabhängig den übrigen gegenüberstellt, lohnt sich nicht. Der soziale Kampf wird damit nur auf andern Boden gestellt; fortwüten aber wird er nach wie vor. Die Zunftleitung und die Zunft überhaupt muß sich ihrer sozialen Gesamtaufgabe jederzeit bewußt bleiben, und die Einrichtung muß von vornherein so sein, daß dies Bewußtsein gar nicht schwinden kann.

Die Manchestertheorie sieht, wie man weiß, in „Angebot und Nachfrage“ den Angelpunkt aller wirtschaftlichen Beziehungen. Gerade auf dem Boden des Marktes erscheint diese Theorie am meisten zutreffend. Will aber die Zunft den Markt für ihre Produkte gewinnen — und ohne Besitz des Marktes wird sie materiell niemals Kraft und Bedeutung erobern —, so muß sie auch bereit sein, der Nachfrage auf ihrem Gebiete zu entsprechen, und zwar unter Bedingungen, welche den vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechen. Nun steht von vornherein fest, daß eine Zunftorganisation, welche einerseits alle Gewerbsgenossen nötigt, sich der Zunftorganisation anzuschließen, andererseits der Zunft auferlegt, den nötigen Marktbezirk für ihre Angehörigen zu gewinnen, den sogenannten Konfektionsgeschäften eine wesentliche Vorbedingung ihrer Existenz entziehen wird, indem sie die Zeitperioden ungenügender oder völlig stockender Beschäftigung für unmittelbare Bestellung beseitigt durch

Aufnahme der feiernden Arbeitskraft in ihren Dienst, indem sie ganz wie gegenwärtig die Konfektionsgeschäfte auf Lager arbeiten läßt und deren Bestände marktgängig verkauft. Daß dies eine sofortige Verteuerung der Verbrauchsartikel zur Folge haben muß, ist wohl natürlich, und wir erkennen solchen Zug sogar an als berechtigt. Aber man muß sich dabei in solchen Grenzen halten, daß der Markt dabei nicht gestört, das wirtschaftliche Bedürfnis nicht gefährdet wird. Jedenfalls ist es schon ein gewaltiger Vorteil für das Handwerk und seine Angehörigen, wenn es durch feste Zusammenschließung der Interessen über die Mißlichkeiten der Konjunktur und über die Notwendigkeit, nicht nur zu Hungerlöhnen, sondern auch gegen sein eigenstes Standesinteresse zu arbeiten, hinauskommt.

Nach diesen Darlegungen, die natürlich nur ganz im allgemeinen die Voraussetzungen einer Zunftthätigkeit, welche Aussicht auf Einfluß und Erfolg haben könnte, berührt, läßt sich erkennen, wie weit alle Bestrebungen, dem Handwerkerstande wieder aufzuhelfen, nach der praktischen Seite hin noch hinken. Dies gilt nicht nur vom Haider Programm, es gilt auch von den zahlreichen Versammlungen der Handwerker und von deren Beschlüssen, die sich sämtlich äußerlich halten und eigentlich nur auf eine gewisse Prohibition auf dem Gebiete des Erwerbes, auf eine Schutzmauer, hinter der sich mehr die Trägheit als die doch im gewerblichen Leben immer vorausgesetzte Betriebsamkeit und Strebsamkeit wohl befinden möchte. Damit ist aber dem Handwerk so wenig als dem sozialen Zusammenhang überhaupt gedient. Aber man ist noch nicht einmal soweit, nach dieser Seite hin mit positiven Vorschlägen auftreten zu können.

Im Mai dieses Jahres versammelte sich in Hannover der deutsche Handwerfertag. Man vollendete dort allerdings die Konstituierung des „Deutschen Handwerkerbundes“ und bezeichnete als eine der Aufgaben des Bundesvorstandes, für die Interessen des Handwerkerstandes zu agitieren. Aber man setzte erstaunlicherweise hinzu: „soweit die Mittel der Klasse es gestatten“! Natürlich hätte es heißen müssen: Der Bund hat die Mittel zur Agitation zu beschaffen; das hätte gezeigt, daß man praktisch und allenfalls auch entschlossen war, etwas zu erreichen. Stellt man aber den eigentlichen Zweck einer Organisation — und der Zweck eines Handwerkerbundes kann doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur in der Agitation für die Interessen des Handwerkerstandes gesehen werden — auf die windungsreiche Schraube „wenn,“ so gräbt man sich selbst das Grab, und mit der obligatorischen Innung hat es jedenfalls noch gute Wege.

Auf keinen Fall wissen die Leute, was sie wollen, und hegen sich daher ab mit Allgemeinheiten und Unsicherheiten, bei denen nichts herauskommt als etwa ein „Beschluß,“ und dabei greift man meist über auf Gebiete, auf denen man gar nichts zu suchen hat, die über den eignen Bereich weit hinausgehen; man sucht einzugreifen in die Rechtsverhältnisse Dritter, während man doch vollauf mit den eignen Angelegenheiten zu thun hat, die man denn auch über dem vielen andern, um das man sich bekümmert, vernachlässigt. Dies beweisen auch wieder die Beschlüsse der gedachten Versammlung, die im „Interesse der Sicherheit und Wohlfahrt des Staates“ verlangt, daß jeder an einem bestimmten Orte ein Heimatsrecht besitze, und daß er auf Reisen eine Legitimation bei sich führe! Man muß eine Versammlung, der man auf dem Gebiete der Handwerkerangelegenheiten gern autoritative Bedeutung zugestehen möchte, bedauern, daß sie sich auf derartige Irrwege begiebt. Möge sie doch

derartige politisch-polizeiliche Angelegenheiten lassen, wohin sie gehören: in den politischen Zirkel, wo man schon mit ihnen fertig werden wird. Aber es ist fast komisch, wenn Leute, die mit ihren eignen Angelegenheiten doch wahrhaftig genug zu thun haben, nichts besseres zu thun zu haben glauben, als die Gesamtheit zu meistern. Hiermit wird man jedenfalls Fiasko machen. Und nicht viel näher an praktische Wirksamkeit kommt man durch die Annahme der Fechenbachschen Thesen (womit der gedachte Handwerkertag seine Sitzungen abschloß): „a. in der Bildung von kleinem und mittlerem Vermögen und dem Schutz vor den Ausbeutungen der lukrativen Gewerbsarten liegt allein (?) das Mittel zur Lösung der sozialen Frage; b. die Resultate der heutigen Arbeit der Völker kommen, vermöge der unzulänglichen Gesetze, fast nur den Vertretern der lukrativen Erwerbsarten zu Gute, wenn auch nicht immer schon in der ersten und zweiten, so doch stets in der dritten und vierten Hand. Deshalb auch das furchtbar rapide Anwachsen des Großkapitals; c. die wenigen Vertreter der Geldaristokratie beherrschen die Arbeitskräfte, sie usurpiren deren Rechte und anektieren ihren Gewinn; d. der Wendepunkt ist eingetreten: entweder Reorganisation der Erwerbsarten behufs Ermöglichung von kleineren und mittleren Vermögensbildungen, »Neubegründung und Sicherung des Mittelstandes,« oder Revolution gegen die Ausbeutungen an den schaffenden und erwerbenden Kräften. Die Formel könnte auch heißen: »Arbeit oder Schmarozkertum.«“ Wahrhaftig hier macht man sich die Aufgabe, die man selbst hat, sehr leicht. Man berührt sie einfach garnicht und erwartet, daß die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Man tritt aufs neue breit, aber die wichtigste Frage: Was selbst thun? läßt man ruhig bei Seite.

Noch schöner machte es der Rheinische Handwerkertag, der im Spätsommer in Köln tagte. Derselbe sah, verführt durch die Haider Thesen und ungewarnt durch die Opposition, welche dieselben in der katholischen Presse hervorgerufen hätten, im Zentrum den Hort der Handwerkerwünsche, und seine Hauptleistung war denn auch eine Adresse an den bevorstehenden katholischen Kongreß in Düsseldorf, dem die Handwerkerfrage dringend empfohlen wurde. Auch erschienen auf diesem Kongreß zwei Vertreter des Handwerks. Wir können natürlich nicht sagen, mit welchen Gefühlen und mit welcher neuen Einsicht diese Vertreter den Kongreß verlassen haben, und wir fürchten, daß sie den Fuchs, der ihnen da gegenübertrat, nicht einmal erkannt haben. Aber er war zu erkennen.

Überhaupt war die Debatte über die soziale Frage auf dieser Versammlung das Ungeheuerlichste, was uns seit lange vorgekommen ist. Ein Frankfurter Hypothekenbankdirektor erklärte, die soziale Frage sei keineswegs die Magenfrage! Man kann freilich ohne weiteres zugeben, daß sie für ihn dies nicht ist; wir fürchten aber, daß sie es ist für manchen, der mit des Direktors Bank in Verührung gekommen ist. Am gelungensten aber war Windthorst. Er erklärte: Wir billigen die Haider Beschlüsse nicht! . . . Aber wir sagen damit keineswegs, daß wir sie nicht billigen! . . . Und dann behauptete er: Wir sind einig, wenn wir den Boden der Phrase verlassen und praktisch werden. Da blieb denn freilich dem Fürsten Löwenstein und dem Pfarrer Wassermann nichts übrig, als die Haider Beschlüsse für Phrase zu erklären.

Das war ohne Zweifel im Windthorstischen Sinne praktisch, und der rabulistische Egoismus blieb im Recht.